Staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend			27. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 11.09.2014	Sitzungsbeginn: 14:37 Uhr	Sitzungsende: 17:00 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Frau Senatorin Stahmann			

Frau Senatorin Stahmann begrüßt die Mitglieder der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend und die anwesenden Gäste. Sie entschuldigt Herrn Staatsrat Frehe sowie Herrn Möhle (Sprecher der Deputation).

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung am 03.07.2014
2. Einrichtung eines Projektes „Forderungsmanagement und -realisierung“ bei der Senatorin für So-ziales, Kinder, Jugend und Frauen
(Vorlage Nr. 115/14)
3. Konzept einer Jugendberufsagentur im Land Bremen
(Vorlage Nr. 114/14)
4. Verschiedenes
 - a) Auskunfts- und Beschwerdemanagement der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
(Mündlicher Bericht)
 - b) Sachstandsbericht Unterbringung von Flüchtlingen und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF)
(Mündlicher Bericht)

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 03.07.2014

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 03.07.2014.

TOP 2: Einrichtung eines Projektes „Forderungsmanagement und -realisierung“ bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
(Vorlage Nr. 115/14)

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und beantwortet Nachfragen der Deputierten. Sie sagt zu, die Deputation über die Planung zur Einrichtung eines zentralen Inkassos zu informieren.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) teilt mit, dass der Fraktion der CDU die Vorlage nicht ausreichend ist und sie der Vorlage nicht zustimmen wird.

Frau Schmidtke (Fraktion der SPD) bittet um einen Zwischenbericht nach einem Jahr.

Frau Senatorin Stahmann sagt dieses zu.

Die Deputation fasst gegen die Stimmen der Fraktion der CDU folgenden ergänzten

Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt der Einrichtung einer Stelle der Entgeltgruppe 13 TV-L sowie zwei Stellen der Entgeltgruppe 9 TV-L bzw. A 9 und zwei Stellen der Entgeltgruppe 10 TV-L bzw. A 10 für das Projekt „Förderungsmanagement und -realisierung“ zu. Die fünf Stellen werden refinanziert und befristet eingerichtet.
2. Sie bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen (siehe dazu auch die Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Haushalte 2014, S. 14 oben) zur Einrichtung und Finanzierung der Stellen zu schaffen.
3. Sie bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen um einen Abschlussbericht nach Ablauf der beiden Projektjahre und um einen Zwischenbericht nach einem Jahr.

TOP 3: Konzept einer Jugendberufsagentur im Land Bremen (Vorlage Nr. 114/14)

Frau Senatorin Stahmann begrüßt Herrn Westkamp (Geschäftsführer des Jobcenters Bremen).

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein. Auf Nachfrage der Deputierten sagt sie zu, das Ende des Jahres das konkretisierte Konzept der Deputation vorgelegt wird.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Sachstand zur Kenntnis und bittet die Ressorts, bis zum Herbst 2014 den jeweiligen Deputationen zu folgenden Punkten Konkretisierungen vorzulegen:

- a. Art und Umfang der für den Aufbau der Jugendberufsagentur als Gesamtsystem zusammenzuführenden bestehenden Ressourcen und die Anteile der einzelnen Akteure;
- b. erwartete zusätzliche Kosten durch neue Aufgabenfelder wie z. B. die systematische Ansprache und Begleitung aller jungen Menschen bis zum Alter von 25 Jahren ohne Berufsabschluss und aufsuchende Beratung;
- c. erwartete einmalige Kosten für die Umstrukturierung des schulischen Übergangssystems, Umzüge usw.;
- d. erwartete Ergebnisse und Einsparungen bezüglich folgender Maßnahmen:
 - Begrenzung der Beratungs- und Unterstützungsangebote und Maßnahmen des Übergangssystems (der Senatorin für Bildung und Wissenschaft, der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, der Agentur für Arbeit und der Jobcenter),
 - aufeinander abgestimmte Förderpolitik der Partner, die konkurrierende Angebote und Parallelförderungen vermeidet,
 - Synergien aus der Umstrukturierung des Übergangssystems insgesamt;
- e. erwartete Auswirkungen auf die Zahl der Arbeitslosen unter 25 und auf den Anteil derer, die darunter ohne Berufsausbildung sind;
- f. Schätzungen der mittelfristigen Einsparungen für die Kommune der unter Punkt e erwarteten Auswirkungen;
- g. Entwurf des Kooperationsvertrages;
- h. Konzept für das künftige Ziel- und Steuerungssystem einschließlich der Kennziffern für ein gemeinsames Monitoring.

TOP 4: Verschiedenes

**a) Auskunfts- und Beschwerdemanagement der Senatorin für Soziales,
Kinder, Jugend und Frauen
(Mündlicher Bericht)**

Die Verwaltung informiert die Deputation entsprechend der Bitte der Fraktion der CDU über das Beschwerdemanagement der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**b) Sachstandsbericht Unterbringung von Flüchtlingen und unbegleiteten
minderjährigen Flüchtlingen (umF)
(Mündlicher Bericht)**

Die Verwaltung stellt die Anstrengungen seit der letzten Sitzung der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend dar und informiert über weitere geplante Maßnahmen.

Die Deputation diskutiert ausführlich über die Situation von Flüchtlingen und unbegleitet minderjährigen Flüchtlingen im Land Bremen. Insbesondere wird über die langfristige Unterbringung und den Umgang mit einer kleinen Gruppe von 15 bis 20 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen diskutiert.

Die Deputation dankt der Zivilgesellschaft und den Trägern der Einrichtungen für ihren Beitrag der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge.

Es wird angestrebt, auf einer der kommenden Sitzungen des Jugendhilfeausschusses über das Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu sprechen.

Frau Senatorin Stahmann bietet den Fraktionen die Koordinierung eines gemeinsamen Termins zum Besuch in der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST) an. Bei Interesse soll sich an Herrn Dr. Lukaßen gewandt werden.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) bittet die Verwaltung zur nächsten Sitzung um einen schriftlichen Bericht zu den Auswirkungen der Betreuung von Flüchtlingskindern in der Kindertagesbetreuung.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

c) Auswirkungen der Haushaltssperre

Die Verwaltung stellt die Auswirkungen der Haushaltssperre dar.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Vorsitzende

Sprecher

Protokollführerin